

## 8. Klimaverträglichkeitsabschätzung der gesetzlichen Grundlagen

Antrag des Regierungsrates vom 9. März 2022 und gleichlautender Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 12. Mai 2022

Vorlage 5807a

*Beat Habegger (FDP, Zürich), Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK):* Wir behandeln nun vier Beschlüsse zur Genehmigung von Fristerstreckungen zu insgesamt fünf Motionen, die der Kantonsrat überwiesen hat (*Vorlagen 5808a, 5809a und 5812a*). Ich möchte als Präsident der Geschäftsprüfungskommission zu diesen Fristerstreckungsgesuchen Stellung nehmen und mache das stellvertretend anhand des ersten Beschlusses auf unserer Traktandenliste. Die weiteren Vorlagen sollen dann im schriftlichen Verfahren ohne Diskussion genehmigt werden.

Worum geht es bei diesen Fristerstreckungsgesuchen? Was hat die GPK damit zu tun? Wenn der Regierungsrat nicht in der Lage ist, rechtzeitig ein überwiesenes Postulat oder eine überwiesene Motion zu erfüllen, das heisst innert zweier Jahre, kann er beim Kantonsrat eine Verlängerung dieser Frist beantragen. Dieser Antrag wird durch die GPK vorberaten und sie formuliert die Beschlüsse, wie wir sie beispielsweise heute im Rat zu fällen haben. Vielleicht ist auch Ihnen aufgefallen, dass wir in letzter Zeit eine gewisse Häufung solcher Fristenstreckungen gesehen haben. Dies ist unerfreulich, weil es bedeutet, dass die Aufträge des Kantonsrates durch den Regierungsrat nicht rechtzeitig umgesetzt wurden. Die Kommission wollte deshalb genauer wissen, ob es hier tatsächlich ein Problem gibt oder ob es sich um Ausnahmen handelt. Unser Sekretariat hat deshalb eine Analyse gemacht zu allen im Zeitraum vom 1. April 2018 bis zum 30. Juni 2020 überwiesenen Postulaten und Motionen.

Hier die Resultate der Analyse: Bei den Postulaten wurden 61 von 71 Postulaten, das heisst 86 Prozent, fristgerecht beantwortet. Einige waren noch offen und viermal wurde eine Erstreckung beantragt. Fazit: also: Es funktioniert und es sind keine Probleme zu erkennen. Bei den Motionen hingegen sieht es schlechter aus. Von 15 überwiesenen Motionen wurden nur sechs fristgerecht erledigt. Bei sieben, das heisst fast der Hälfte, wurde eine Fristerstreckung beantragt. Zwei Vorlagen waren zum Zeitpunkt der Untersuchung noch offen. Die GPK hält hier fest, dass sie mit der fristgerechten Erledigungsquote der überwiesenen Motionen nicht zufrieden ist. Wir erinnern den Regierungsrat daran, dass die Arbeiten an die Motionen eine prioritäre Aufgabe sind und der Kantonsrat eine fristgerechte Erledigung erwartet. Wir halten auch fest, dass Begründungen für Fristerstreckungen nicht wirklich überzeugen, wenn – Zitat – Koordinationsbedarf mit einer anderen Aufgabe geltend gemacht wird, die ihrerseits vollständig in den Händen des Kantons liegt. Das ist gerade bei der an dieser Stelle zu behandelnden Vorlage 5807a der Fall. Aus einer Verwaltungssicht mag dieser Aufwand unerfreulich sein, aber wenn der Kanton alle Fäden in der Hand hält, sollte ein Auftrag des Parlaments

fristgerecht erfüllt werden. Wir danken dem Regierungsrat, stellvertretend heute Morgen Baudirektor Martin Neukom, für die Kenntnisnahme.

Nichtsdestotrotz beantragt Ihnen die GPK einstimmig, diesen Fristerstreckungsbeschluss 5807a wie auch die folgenden drei Fristerstreckungsvorlagen zu genehmigen. Vielen Dank.

*Ueli Bamert (SVP, Zürich):* Ich weiss nicht, ob es jetzt ein Zufall ist, dass das Votum beziehungsweise die Fraktionserklärung von Kollege Andrew Katumba hier so gut passt. Er hat sich vorhin darüber beschwert, dass ein Mitglied des Regierungsrates (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) ihm missliebige Vorstösse verzettelt und nicht verfolgt. Jetzt sprechen wir aber darüber, dass Vorstösse nicht fristgerecht abgeliefert werden, die in die Kernkompetenz des betreffenden Regierungsrates fallen, und das ist dann schon ein bisschen irritierend. Ich kann vorausschicken, wir werden diesen vier Anträgen selbstverständlich zustimmen. Erlauben Sie mir dennoch, dass ich hier mein Erstaunen über die Vorgänge kurz ausführe:

Nun, bei zwei der vier Motionen wird übergeordnetes Recht geltend gemacht oder man weist auf bereits laufende Arbeiten hin. Ich denke, das ist absolut verständlich, dass es hier eine Fristaufschiebung gibt oder dass diese beantragt wird. Bei den beiden anderen Vorstössen haben wir, ehrlich gesagt, kein Verständnis dafür. Beispielsweise der Masterplan Dekarbonisierung (*Vorlage 5808*): Ich kann mich noch gut erinnern, wie wir vor zwei Jahren hier über dieses Thema gesprochen haben. Ich durfte damals die Meinung der Fraktion bereits vertreten und ich habe ein bisschen spöttisch gesagt: Ja, dieser Masterplan, der besteht doch schon, schalten Sie nur einmal den Fernseher an, schauen Sie in irgendeiner Zeitung, alle reden immer nur vom Klima. Jeder kennt das Problem. Jeder weiss, was gemacht werden muss. Dieser Masterplan besteht schon ewig, und jetzt stehen wir hier und ich möchte kurz die Zeitachse rekapitulieren: 2018 wurde dieser Vorstoss von einem gewissen Martin Neukom eingereicht, damals noch ein gemeiner Kantonsrat. Ein Jahr später wird Martin Neukom in das Amt des Regierungsrates gewählt, kommt also in die Funktion, wo er genau diesen Masterplan umsetzen kann; ein grosser Erfolg für ihn und seine Partei, zu dem ich an dieser Stelle auch nochmals gratulieren möchte. Ein Jahr später: Martin Neukom, nun Baudirektor, erhält hochhoffiziell den Auftrag des Parlaments, diesen Masterplan, den er ja von Anfang an in seinem Kopf gehabt haben muss, als er diesen Vorstoss eingereicht hat, jetzt umzusetzen, und jetzt ist Juni 2022 und Martin Neukom bittet uns hier darum, noch ein bisschen mehr Zeit zu haben. Die Begründung – und da möchte ich den Herrn Vorredner, Beat Habegger, zitieren –, die Begründung ist schon ein bisschen schwach: Ja, man hat noch Koordinationsbedarf mit etwas anderem, in diesem Fall mit der Klimastrategie des Regierungsrates. Mit Verlaub «Klimastrategie», «Massnahmenplan», «Masterplan», das sind alles nur Worte, die zu Papier gebracht werden. Damit wird kein einziges Gramm CO<sub>2</sub> eingespart, und nicht einmal das schaffte der Baudirektor innert Frist abzuliefern.

Wir sind froh darüber, ich muss es Ihnen ehrlich sagen, ich meine, wir sind ja keine Fans dieser Politik. Aber lieber Herr Baudirektor, Sie müssen Ihren Wählern erklären, weshalb Sie diesem Auftrag nicht nachgekommen sind, und Sie müssen es vor allem diesen – ich hoffe, ich habe richtig gerechnet – 94 Kollegen aus der Klimaallianz erklären.

Dann noch kurz zum zweiten Vorstoss, der Klimaverträglichkeitsabschätzung der gesetzlichen Grundlagen: Ich meine, da gibt es nun wirklich überhaupt keinen Grund, das nicht umgesetzt zu haben. Das ist ja letztlich ein Abklatsch eines alten bürgerlichen Anliegens, nämlich der Regulierungsfolgeabschätzung. Das hätte man eins zu eins einfach umsetzen können, wäre überhaupt kein Problem gewesen. Aber offenbar ist auch hier die Überforderung zu gross, und es konnte nicht fristgerecht gemacht werden.

Nun, ich sage es noch einmal: Wir stimmen zu. Ärgern müssen nicht wir uns, ärgern müssten Sie sich, und ich bin gespannt, ob da noch ein Votum Ihrerseits kommt. Ich danke Ihnen vorläufig für die Aufmerksamkeit.

*Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich):* Eigentlich wollte ich namens der FDP nichts sagen, weil der GPK-Präsident eigentlich alles schon gesagt hat, und wir werden dieser Fristerstreckung natürlich auch zustimmen. Dennoch hat mich das Votum von Andrew Katumba – er ist nicht mehr im Saal – jetzt provoziert, etwas zu sagen:

Es wird die Volkswirtschaftsdirektorin jetzt quasi an den Pranger gestellt, weil sie ihr scheinbar missliebige Geschäfte auf die lange Bank schieben möchte. Und gerade jetzt sprechen wir über Fristerstreckungen aus der Baudirektion. Also auffälliger, dass das einfach nur Wahlkampf ist, kann es wohl kaum sein. Und wie gesagt, wir haben die Corona-Zeit (*Covid-19-Pandemie*) hinter uns. Sowohl die Volkswirtschaftsdirektion als auch die Bildungsdirektion, die Finanzdirektion, die Gesundheitsdirektion und die Sicherheitsdirektion, alle Departemente wurden bis auf das Äusserste gefordert in den letzten zwei Jahren, nur die Baudirektion nicht. Auf der Baudirektion, dort hätte man arbeiten, arbeiten, arbeiten können, und dann müsste man heute keine Fristenstreckungen machen. Und dass man jetzt Fristerstreckungen einfach kommentarlos abwinken möchte, sich aber kurz vorher ein Bashing über unsere Regierungsrätin anhören musste, nein, das können wir so nicht kommentarlos stehenlassen. Wir werden deshalb den Fristerstreckungen selbstverständlich zustimmen, hoffen aber, dass man alle Regierungsräte genau gleichbehandelt und wirklich schaut, was wichtige Geschäfte sind und was nicht, und nicht, dass man das jetzt einfach billig für Wahlkampfpropaganda benutzt.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Es ist jetzt ein bisschen die Ironie der Geschichte, die wir hier erleben, und zwar debattieren wir hier über Fristerstreckungen von Vorstössen. Und wir würden nicht über diese Fristerstreckung von Vorstössen debattieren, wenn nicht die bürgerliche Seite und die FDP das Wort ergriffen hätten. Denn ich erinnere gerne daran, dass Sie sämtliche hier debattierten

Motionen abgelehnt haben in der Debatte (*zur Überweisung*). Sie wollten keine einzige davon überweisen. Sie hatten gehofft, der Klimahype gehe eines Tages wieder vorbei und man könne wieder zur Tagesordnung, die Sie gerne möchten, übergehen. Ich erinnere einfach daran: Gestern war es – zumindest dort, wo ich wohne in Erlenbach – 37 Grad Celsius am Schatten. Ich glaube nicht, dass der Klimahype vorbeigehen wird, im Gegenteil: Es ist dramatisch, dass wir da nicht viel schneller vorwärtskommen. Jetzt haben wir hier vier Klimavorstösse, die alle mit dem Klimawandel zu tun haben, und ich muss sagen: Wir von den Grünen sind sehr damit einverstanden, dass die Klimastrategie, das Grundlagendokument für die Klimapolitik im Kanton Zürich, durch Regierungsrat Martin Neukom in nur so kurzer Frist erarbeitet worden ist, und ich danke auch seinen Verwaltungsangestellten, die hier alles gegeben haben. Wir haben immer wieder gehört, dass sie am Anschlag sind, weil es so viel zu tun gibt.

Wir betreten mit der Klimapolitik gesetzliches Neuland. Es gibt bis jetzt praktisch keine Klimagesetzgebung und wir müssen das von Grund auf neu erarbeiten. Wir Grüne sind sehr damit einverstanden, dass das sorgfältig gemacht wird und dass keine gesetzlichen Rohrkrepiere produziert werden, die dann das Gegenteil bewirken von dem, was wir eigentlich möchten.

Das Gleiche ist zum Beispiel jetzt mit der Motion, die die Richtplanrevision 2020 betrifft. Auch da: Richtplanrevisionen, Sie wissen es ganz genau, müssen sehr sorgfältig gemacht werden. Es braucht eine breit angelegte Vernehmlassung und so weiter. Das sind nicht einfache Sachen, die man aus dem Hosensack zaubert. Und wenn wir schon von der Effizienz der Baudirektion reden, dann erinnere ich zum Schluss doch sehr gerne daran, dass die MuKE (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*) – Sie wissen ja, was für eine Jahreszahl die tragen – aus dem Jahr 2014 sind. In fünf Jahren hat es der vorherige Baudirektor (*Altregerungsrat Markus Kägi*) nicht geschafft, uns irgendetwas Passables vorzulegen. Martin Neukom, zehn Monate im Amt, liefert ein Energiegesetz, das zu Änderungen, massiven Änderungen, zu klimapolitischen Fortschritten in unserem Kanton führen wird. In nur zehn Monaten stand dieses Gesetz und es war mehrheitsfähig, die Bevölkerung hat es mit 63 Prozent angenommen. Ich denke, das muss man als Erfolg verbuchen, gerade nachdem vorher so langsam vorwärts gemacht worden ist. Also, wir sind zufrieden mit der Arbeit. Wir sind von Seite der Grünen zufrieden, wie es weitergeht. Und ich muss Ihnen auch sagen: Wir möchten, dass sorgfältig gearbeitet wird auf einem Gebiet, wo grossenteils eben Neuland zu beschreiten ist. Ich danke Ihnen.

*Tobias Langenegger (SP, Zürich):* Ich mache es ganz kurz: Sie verwechseln hier ein bisschen Äpfel mit Birnen. Eine Motion sauber zum Gesetz auszuarbeiten, das bedingt Zeit, dazu brauchen Sie viel Vorbereitung, Sie brauchen Abklärungsarbeit. Was wir (*in der Fraktionserklärung*) bemängelt haben, war, dass es – aufgrund von billigen Ausreden, würde ich etwas überspitzt sagen – nach der Referendumsabstimmung (*über das Taxigesetz*) nicht vorwärtsging. Das Gesetz wurde

hier im Kantonsrat lange beraten, auch diese Motion wird später noch lange beraten werden. Das Referendum war vor mehreren Jahren, der endgültige Gerichtsentscheid war vor mehr als einem Jahr. Die Sache ist klar, eine Verordnung zu erarbeiten nicht mehr weiter schwierig. Das ist das, was wir kritisiert haben, das können Sie jetzt nicht einfach hier in den gleichen Topf werfen mit Motionen für Gesetze, die aber erst ausgearbeitet werden müssen. Besten Dank.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht; fraktionslos):* Lieber Thomas Forrer, also ich zweifle, dass es gestern 37 Grad in Erlenbach gewesen ist. Aber scheinbar hat es dir ganz kräftig aufs Dach gebrannt, denn die Rede hier, die ist sicherlich das Resultat davon.

Etwas habe ich hier festgestellt und das ist toll, Thomas Forrer: Du bist nicht bürgerlich, sondern du bist links und ich würde noch das Wort «kommunistisch» sehr nahe ziehen, aber wir freuen uns ja auf den Wahlkampf. Das muss gesagt sein, nachdem er von der bürgerlichen Seite gesprochen hat, Frau Präsidentin. Wenn es dringend sein muss, dann kann man hier Zeter und Mordio schreien. Wenn es aber um den eigenen Regierungsrat geht, der seine Arbeit nicht gemacht hat, dann verteidigt man ihn. Gut gesprochen, Thomas Forrer, und so wird es ja wohl sein. Ich hoffe, es wird etwas kühler diese Woche und die entsprechenden Voten dann auch wieder etwas durchdachter.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Grundsätzlich kommen wir sehr gut voran. Wir haben sehr viele parallele Projekte, die sehr gut vorankommen. Einige der grösseren Gesetzesrevisionen sind weniger schnell unterwegs, als geplant. Wichtig dabei ist, dass wir überhaupt vorankommen und dass diese Gesetze funktionieren. Dass Ueli Bamert diese Gelegenheit zur Kritik nutzt, kann ich sehr gut nachvollziehen. Ich hätte an Ihrer Stelle ja das genau Gleiche gesagt.

Gerne sage ich noch ein, zwei Worte zum Stand der einzelnen Geschäfte, damit Sie wissen, wo wir stehen. Es wurde erwähnt, wir haben ein Geschäft «Klimaverträglichkeitsabschätzung» und «Masterplan Dekarbonisierung». Die sind selber nicht so umfänglich, dass ich nicht schon längst eine Lösung hätte präsentieren können, aber es hat sich angeboten zu warten, bis wir von der Regierung die Klimastrategie verabschieden konnten, weil sie logischerweise darauf referenzieren. Und deshalb ist diese Gesetzesrevision mit etwas Verspätung unterwegs. Der Entwurf steht aber und wir werden nächstens mit der Vernehmlassung starten.

Zur Motion «Anpassung an den Klimawandel» und «Intensive Begrünung», dies sind zwei Motionen, die ebenfalls überwiesen wurden. Ich habe die Gesetzesrevision bereits vorgestellt, nämlich vor einem Jahr, das Paket «klimaangepasste Siedlungsentwicklung». Die Vernehmlassung ist längst abgeschlossen. Wir sind an der Auswertung der Rückmeldungen, es gab sehr, sehr viele Rückmeldungen. Wie Sie sich vorstellen können, ist eine Auswertung von einer solchen Vernehmlassung sehr, sehr aufwendig für die Verwaltung. Wichtig bei dieser Gesetzesvorlage ist, dass es PBG-Revisionen (*Planungs- und Baugesetz*) sind, die das Baurecht betreffen. Und wir hatten beim vorangegangenen Traktandum gesehen: Solche

Revisionen, die müssen – auf «Züridütsch» würde ich sagen – verheben. Das muss gut funktionieren, damit es nachher in der Praxis auch wirklich die Wirkung entfaltet, die man als Gesetzgeber anstrebt. Deshalb ist es mir hier wichtiger, dass wir eine saubere Lösung haben. Auch diese beiden Motionen werden wir entweder kurz vor oder kurz nach den Sommerferien dem Kantonsrat überweisen können. Besten Dank.

*Eintreten*

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

*Detailberatung*

*Titel und Ingress*

*I. und II.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Schlussabstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 161 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5807a zuzustimmen und somit der Verlängerung der Frist bis 29. Juni 2023 für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion 225/2018 bewilligt.**

Das Geschäft ist erledigt.